

## Horizon Europe und Copernicus, Grossbritannien und die Schweiz

von Eugen David

Ab 1. Januar 2024 beteiligt sich das Brexit-Land Grossbritannien an den EU-Programmen Horizon Europe und Copernicus. Die EU hat mit Grossbritannien im Dezember 2020 ein Trade and Cooperation Agreement (TCA) abgeschlossen, das keine Beteiligung am Europäischen Binnenmarkt beinhaltet.



Die Schweiz ist über die Bilateralen Verträge am Europäischen Binnenmarkt beteiligt, hat jedoch keinen Zugang zum EU-Forschungsprogramm Horizon Europe 2021 – 2027 und ist nicht am EU-Erdbeobachtungsprogramm Copernicus beteiligt.

Die Schweiz ist schlechter gestellt als das Brexit-Land Grossbritannien.

### **Aus welchen Gründen??**

Die britische Regierung suchte eine pragmatische Verständigung mit der EU-Kommission über die gegenseitigen Beziehungen nach dem Brexit.

Schon im TCA 2020 war die Beteiligung an den EU-Programmen vorgesehen. Eine Verzögerung trat wegen der Nord-Irland-Frage ein. Wegen der von britischen EU-Gegnern hochstilisierten UK-Souveränität wollte die Tory-Regierung zunächst das vereinbarte Nord-Irland-Protokoll nicht umsetzen.

Ende Februar 2023 haben sich die Briten unter dem neuen Premierminister Rishi Sunak mit dem Windsor Agreement von der ideologischen Politik verabschiedet und so das Nordirland/EU-Problem gelöst.

### **Anders läuft es in der Schweiz**

Der Bundesrat folgt in der Europapolitik der SVP-Souveränitätsideologie und dreht sich seit sechs Jahren im Kreis. Minoritäre Interessengruppen (Gewerkschaften und Rechtsnationale) dirigieren den Bundesrat, um ihre eigenen finanziellen und politischen Minderheitsinteressen durchzusetzen.

Die Gewerkschaften wollen ihre lukrativen staatlichen Kontrollaufträge am Arbeitsmarkt über allgemeinverbindlich erklärte GVA und das Entsendegesetz nicht verlieren. Die Übergabe der staatlichen Kontrolle an Privatorganisationen ist nach EU-Recht rechtsstaatlich problematisch und könnte vor dem EuGH angefochten werden.

Die SVP will ihre durch Fremdenfeindlichkeit errungene Machtstellung im Staat und die zahlreichen damit verbundenen Posten nicht einbüßen. Deshalb lehnt sie die in Europa seit dreissig Jahren geltende Personenfreizügigkeit grundsätzlich ab.

Diesen Gruppeninteressen ordnet die Regierung eine Beteiligung an den europäischen Programmen Horizon Europe und Copernicus unter: lieber keine Schweizer Beteiligung, dafür innenpolitisch keine Konfrontation mit diesen Gruppen.

### **Eine verfehlte Gewichtung der öffentlichen Interessen**

Seit dem Eintritt der Bundesräte Blocher (SVP), Merz (FDP) und Calmy-Rey (SP) vor bald 20 Jahren in die Regierung, betrachtet der Bundesrat die EU als Übel, dem man möglichst ausweichen möchte.

Europäische Integration ist seither keine Zukunftsvision mehr für die Schweiz. Abschottung heisst seither das Ziel.

Permanent in der Defensive macht die Regierung nur dort mit, wo es gar nicht anders geht, weil die Schweiz andernfalls in Europa politisch oder wirtschaftlich isoliert würde.

So implementiert die Regierung laufend direkt oder indirekt, ohne Transparenz für die Bevölkerung, europäisches Recht in die Schweizer Rechtsordnung. Dass die Schweiz in keiner Weise an der europäischen Rechtsetzung beteiligt ist, hält sie demokratiepolitisch für irrelevant.

Seit Installation der SVP/FDP-Mehrheitskoalition im Bundesrat im Jahr 2017 haben sich diese Tendenzen verstärkt.

Abschottung heisst das politische Mantra. Auf diesem Boden wachsen Vorschläge aus der SVP/FDP-Koalition wie

- die Unterwerfung von EU-Bürgern, die in die Schweiz ziehen, unter eine Sondersteuer
- die Verweigerung des Zuzugs von EU-Rentnern, ausgenommen Oligarchen
- der Ausschluss von EU-Bürgern von der Sozialhilfe, auch wenn sie fünf Jahre hier gearbeitet und Abgaben bezahlt haben
- Kontrollschikanen gegen Handwerksbetriebe aus den angrenzenden EU-Ländern, um sie vom Schweizer Markt fernzuhalten
- die obligatorische Ausschaffung in der Schweiz wohnender EU-Bürger, wenn sie wegen einer Straftat nach Artikel 66a StGB verurteilt worden sind
- etc.

Die Regierung unternimmt nichts, um der Bevölkerung den Nutzen der Europäischen Integration auch für unser Land klar zu machen. Ohne EU wären Friede, Sicherheit und wirtschaftliche Prosperität auf dem europäischen Kontinent nicht gewährleistet.

Die vier Freiheiten des EU-Vertrags und der europäische Binnenmarkt mit gemeinsamen Regeln sind zentral für das Wohl der europäischen Bevölkerung.

Objektive Informationen des Integrationsbüros des Bundes über die europäische Integration wurden vor 15 Jahren auf Druck der Rechtsnationalen eingestellt. Das gemeinsam von EDA und EVD getragene Integrationsbüro hat der damalige Bundesrat aufgelöst.

Die Regierung opfert die Zukunftsinteressen der Schweiz minoritären Gruppeninteressen, was verfehlt ist.